

Antrag

des Abgeordneten Liam von Starnberg und der
DEMOS-Fraktion

Tödliche Schwimmunfälle vermeiden – Prävention stärken, Ehrenamt fördern, ausreichend warnen und Schwimmunterricht ausweiten

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jährlich ertrinken in Deutschland Menschen im Dreistelligen Bereich. Darunter sind nicht nur (Klein-)Kinder, sondern auch Erwachsene und Senioren. Im Jahr 2023 ertranken 135 Menschen im Fluss, weil sie beispielsweise die Strömungen unterschätzt haben. Und das ist kein einzelnes Beispiel. Durch Präventionsmaßnahmen kann man diese Zahl vermindern und die Zahl der Todesopfer verringern. Warnschilder entlang an Ufern könnten einige Menschen vielleicht davon abhalten, baden zu gehen an Orten, die gefährlich sind. Außerdem gibt es zu wenige (ehrenamtliche) Kräfte, die an beliebten Badeorten Aufsicht halten könnten. Die Folgen daraus sind überfüllte Badeorte, weshalb viele zu den leeren Gewässern baden gehen und dabei die Gefahren unterschätzen. Das fehlende Wissen über die Gefahr, die z.B. von Strömungen, ausgeht, ist ebenfalls hinderlich.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- a) ein Maßnahmenprogramm aus zu arbeiten, dass die Präventionsmaßnahmen und Aufklärung stärken soll;
- b) ein Förderprogramm aufzustellen, dass den nebenberuflichen oder ehrenamtlichen Badeaufsichts-Job fördert;
- c) dafür sorgen, dass an sehr gefährlichen Stellen mit vielen Unfällen entsprechende Schilder aufgehangen werden, die vor der Gefahr im Wasser ausreichend warnen und

- d) prüfen, ob eine Ausweitung des Schwimmunterrichts (z.B. im Zuge des Schulunterrichts) möglich ist und falls ja durchzusetzen.

Berlin, den 28. Oktober 2024

Liam von Starnberg und Fraktion